

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der Illustrirten Beilage die „Neue Welt“.

Ar. 226.

Donnerstag, den 26. September 1895.

VI. Jahrgang.

Das Heilmittel für unsere Rechtsmissstände.

B. G. Nur sehr wenige Leute sind heutzutage mit unserem Rechtswesen zufrieden. Von Vertrauen zu unseren Richtern und Gerichten ist fast gar nirgends mehr die Rede. Mehr und mehr sehen auch Juristen selbst ein, daß es so wie jetzt in unserer Rechtsprechung nicht forgerhen darf und fortgehen kann.

Das Heilmittel für die von Tag zu Tag schwerer wiegenden Uebel unserer Rechtspflege liegt glücklicherweise nicht so fern, daß wir an einer baldigen Besserung unserer Rechtszustände zu verzweifeln Ursache hätten. Auch herrschen auf diesem Gebiete nicht weit auseinander liegende Meinungsverschiedenheiten. Im Gegenteil kann wohl gegenwärtig schon gesagt werden, daß über die Art, wie der allgemeinen Unzufriedenheit über die Leistungen unserer Rechtspflege abzuhelfen ist, wenn nicht völlige Einmütigkeit im Volke, so doch wenigstens in der Hauptsache weitreichende Meinungsübereinstimmung herrscht.

Das fragliche Heilmittel, dem wohlbegründetes Vertrauen entgegengebracht wird, heißt: Heranziehung des Laienelements zur Rechtspflege, oder besser Demokratisierung und Popularisierung derselben. Letztere viel mehr umfassende Formulierung des in Rede stehenden Gedankens giebt den in weiten Kreisen des Volkes sich geltend machenden Bedürfnissen und Bestrebungen zugleich schärferen Ausdruck.

Das Volk selbst, und zwar das Volk in allen seinen Schichten, muß bei der Rechtspflege mitsprechen und die Gesetze, nach denen Recht gesprochen wird, die Einrichtungen und die Art der Rechtspflege müssen nach jeder Richtung hin allgemein und vollständig verständlich sein, — das ist die Erkenntnis, die jetzt überall in den Culturländern nach öffentlicher Anerkennung ringt.

Wie offen und rückhaltlos selbst Rechtsgelahrte über die Missstände, die unser Rechtswesen belasten, sich aussprechen, zeigt folgende Auslassung des Landgerichtsraths Schneider in Rassel, der als außerordentliches Mitglied des deutschen Landwirtschaftsraths, dieser Körperschaft von Abgeordneten aller deutschen landwirtschaftlichen Centralvereine, einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung landwirtschaftlicher Schöffengerichte vorgelegt hat.

Herr Schneider schreibt in einem der neuesten Hefte der „Preussischen Jahrbücher“, in welchem er diesen seinen Gesetzesvorschlag bespricht, u. A. folgendes:

„Wer Auge und Ohr hat für das, was außerhalb der juristischen Kreise gedacht und gesprochen wird, und sich von dem Banne der Theorie und des Gebrauchs freizubehalten sucht, weiß, wie wenig erfreulich und freundlich das Urtheil des Publikums, dem doch einzig und allein die Rechtshandhabung dienen soll, über diese lautet; der empfindet es äußerst schmerzlich, daß es keineswegs unberechtigt ist, wenn man die Civiljustiz, trotz ihres großen Aufwandes an geistiger Arbeit und strengster Gewissenhaftigkeit doch so vielfach als eine „unverständene Macht“ betrachtet, mit der man sich wohl oder übel abzufinden suchen müsse.“

Herr Schneider spricht hier nur von der Pflege des Civilrechts — das im Gegensatz zum Straf- und Staatsrecht stehenden, das Mein und Dein der Staatsbürger angehenden Privatrechts. Daß er seine Ausführungen aber nicht auf diesen einen Theil unserer Rechtspflege zu beschränken braucht, geht aus den Citaten hervor, die er selbst anführt.

So giebt er z. B. folgende Worte des vor Kurzem verstorbenen Reichsgerichtsrath Baehr wieder, einer — wie Schneider mit Recht sagt — unserer besten und hellsehendsten Juristen. Die Worte lauten: „Der Justiz — also ganz allgemein der Rechtspflege, auch der des Strafrechts — gegenüber, ist unser Volk mundtot. Noch heute, wie seit Jahrhunderten, erklärt es in der Justiz eine unverständene Macht, in deren Wunderlichkeiten man sich zu finden habe — ein Verhängnis, dem man verfallen ist.“

Bezüglich der Heilmittel für unsere Rechtsmissstände läßt sich der Landgerichtsrath Schneider an dem angegebenen Orte in folgender Weise aus:

„Soviel steht hiernach anerkanntlich fest, daß die wahre Abhilfe für viele der Missstände, wie sie in Laienkreisen theils mit Recht, theils aber — das sagt der künftige Jurist — auch in Folge der allgemeinen Verwilderung oder aus Unkenntnis der sachlichen Schwierigkeiten, mit denen die Gerichte zu kämpfen haben, sehr zu Unrecht gerügt werden, daß deren Abhilfe, sage ich, ganz oder doch der Hauptsache nach in der Zuziehung der Laien zur Civiljustiz (für die Strafjustiz ist das durch die Schwur- und Schöffengerichte in einer den Klassenstaat der Gegenwart allerdings trefflich kennzeichnenden Art bereits geschehen) zu erblickt ist.“

Nun sind wir, wie schon aus der Einleitung dieses Artikels hervorgeht, ganz damit einverstanden, daß das Heilmittel für die Missstände unserer Rechts-

pflege in der That in der Zuziehung der sogenannten Laien, das heißt, nichtjuristischer Personen aus dem Volke, zur Justiz zu finden ist. Aber wir täuschen uns nicht darüber, daß, so lange die capitalistische Gesellschaft bestehen bleibt, auch eine berartige Demokratisierung unseres Rechtswesens, selbst wenn sie anscheinend sehr weit gehen sollte, doch nur zu einer recht mäßigen, vollkommen unzureichenden Besserung unserer Rechtszustände führen könnte.

Die Justiz ist und muß bleiben im Rahmen capitalistischer Staaten — überall wo die Volksgemeinschaften in Klassen zertheilt sind — eine Klassenjustiz.

Auch das räumen erleuchtete und ehrliche Vertreter unserer herrschenden Gesellschaft mehr oder minder bereitwillig ein.

So sagt z. B. in seinem Bericht über die jetzigen österreichischen Civilproceßentwürfe der Permanenz-ausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses:

„Mehr und mehr stellen sich ganze Geschäftskreise in ihren Rechtsstreitigkeiten außerhalb der Rechtsprechung des Staates — (durch Bildung von Schiedsgerichten) — die besitzlosen und weniger gebildeten Volksklassen kommen heute entschieden mit ihren Rechtsansprüchen zu kurz, und es ist daher ganz erklärlich, daß wir es jetzt mit einer populären Strömung zu thun haben, aus sachkundigen Laien bestehende Schiedsgerichte zu wählen.“

Solche Zugeständnisse seitens der Vertreterschaft unserer herrschenden Klassen legen dafür Zeugnis ab, daß der Einfluß der besitzlosen Klassen bereits erheblich zugenommen hat.

Das Privatrecht, welches während des jetzt vergangenen Jahrhunderts auf dem europäischen Festland Geltung genommen und behauptet hat, steht ein Compromiß dar, den der Großbesitz mit dem Kleinbesitz unter dem Einflusse der französischen Revolution geschlossen und im Wege der Gesetzgebung den besitzlosen Volksklassen auferlegt hat.

Selbstverständlich entsprach solch' ein Compromiß den Forderungen allgemeiner Gerechtigkeit durchaus nicht, es brachte vielmehr auf dem ganzen Gebiete des Rechtswesens die damals bestehenden socialen Machtverhältnisse zur Geltung.

Heute nun geräth die einzige Rechtsgrundlage in's Wanken, und es beihätigt sich die gesteigerte sociale Macht der besitzlosen Volksklassen u. a. in den Be-

einem allerdtags unqualifizierbaren Anzuge nachträglich vorstelle.“

Die Verbindung der Bauernhose und Weste mit dem Hausrock, dazu das Gesicht, dessen eine Seite nur halb geschminkt war, machte allerdings keinen besonders eleganten Eindruck. — „Mein Name ist Kolbe.“

Ihr Auge überglitt seine Gestalt. Seine Sprache gefiel ihr gut. Indessen mochte sein Anzug sie doch nicht ganz läßt lassen. Auf ihren Lippen erschien ein Lächeln.

„D ich bitte sehr.“ erwiderte sie freundlich, „das Verhältniß lag ja nicht an Ihnen, ich mußte sofort nach unserer Scene heimgehen. Das ist nun einmal bei uns Schauspielern nicht anders. Uebrigens haben Sie mir auf der Probe als Barbaud in unserer Scene gut gefallen.“

„Sie sind zu gütig, gnädige Frau.“ „Ganz gewiß, indessen würde ich es besser halten, wenn Sie etwas weniger markirt sprechen würden und besonders in den Bewegungen mehr den trockigen Bauern hervortreten würden. Es klingt bei Ihnen oft so, als wenn nicht der Bauer Barbaud, sondern irgend ein Graf spricht. Es wirkt bei Weitem mehr, wenn Sie die Leidenschaft eines schroffen Bauerngemüths betonen würden.“

„Ich werde mich bemühen, gnädige Frau.“ erwiderte Fritz. Er war äußerst erregt, diese Gedanken und diese Ausdrucksweise, die er nach seinen

als es an die Thür pochte und auf Brenners „Herein“ zwei Kinder mit einem Korbe erschienen, denen Klara auf dem Fuße folgte. Sie hatte ein dickes Tuch über die Kleider geworfen und sich eng darin eingehüllt. Nur das wachbleiche Gesicht sah heraus, die blauen, unterhalb der Augen liegenden Vertiefungen stachen grell ab von den großen schwarzen Augen, die zwischen den Wimpern gelpenstlich hervorleuchteten. Brenner eilte ihr entgegen und reichte ihr die Hand.

„Nun, wie geht's denn, Klara, hast Du gut geschlafen?“ fragte er sie liebevoll.

„Ich danke, Lieber, ich fühle mich nur ein wenig ermattet.“

Auch Alfred war aufgestanden.

„Na, wird's denn überhaupt gehen?“ fragte er mitleidig. „Sie muthen sich zu viel zu.“

„Ach gewiß,“ antwortete sie leise, „die Fadet ist ja nicht so schlimm. Uebrigens hat's der Arzt mir ja erlaubt.“ — Sie verschweig allerdings, wie sie den Arzt um die Erlaubnis gebeten hatte. — „Hoffentlich wird's heute voll werden,“ fuhr sie fort.

„Ich hoffe auch,“ sagte Alfred, „der Vorverkauf war gut, aber sagen Sie nichts zum Vater.“

„Gewiß nicht,“ erwiderte sie lächelnd, „ich weiß ja, der Aberglaube ist nicht auszutreiben.“

Fritz hatte sich unterdes mit halbgeschminktem Gesicht erhoben, sich rasch seinen gewöhnlichen Anzug übergeworfen und trat nun vor:

„Gestatten Sie mir, daß ich jetzt nachhole, was ich auf der Probe veräumte und mich Ihnen jetzt in

Schauspieler - Glend.

Ein Stück aus dem Bühnenleben von Julius Turt.

(Nachdruck verboten.)

„Sehen Sie aber jung aus!“ rief Fritz verwundert aus.

„So?“ antwortete Brenner lächelnd. „Na ja, wenn man sich das Lederzeug angestrichen hat, dann geht es wieder trotz der 45 Jahre.“

„Du kannst Dich ja als jugendlichen Helben an Berliner Hoftheater engagiren lassen. Herr Kolbe ermahnte gestern, daß sie schon lange keinen vornehmen haben.“ stichelte Alfred, der ebenfalls mit der Brennerscheere sein glattes, braunes Haar in Locken verwandelt.

„Werde mich nächstens mit dem Interdanten in Verbindung setzen,“ erwiderte Brenner trocken.

Dann wandte er sich zu Fritz und beschmierte dessen Gesicht voll „Teint“, den er in kleinen Stücken einem Bleischächtelchen entriß, in so energischer Weise, daß das unglückliche Opferlamm mehrmals schmerzlich zusammenzuckte.

„Au, das heißt ja,“ schrie der Mißhandelte mehrmals auf. „Von wem kaufen Sie die Schminke, Herr Brenner?“

„Die mache ich mir selbst.“ Brenner fuhr fort, mit der selbstgefertigten Schminke das Gesicht des gedulbigen Kunstjägers zu bearbeiten,

Arbeiten, die von den sogenannten niederen Volksschichten bis zur Arbeiterschaft hin heranzuziehen zur Rechtspflege.

Das ist der vorläufig noch unbedeutende Anfang einer Bewegung auf dem Gebiete unserer Rechtslehre, deren Ziel in der vollkommenen Demokratisierung und Popularisierung des Rechts gegeben ist.

Politische Rundschau.

Wie man in Bayern Kirchen baut. Unter diesem bezeichnenden Titel bringt die "Socialreform" einen Artikel aus der Feder des Konservativen Dr. v. Werlach, dem wir folgende interessante Bemerkungen ohne Commentar entnehmen:

Die ursprünglich völlig freiwilligen Sammlungen für die dem Andenken des alten Kaisers geweihte Kirche brachten — zur Schande des evangelischen deutschen Volkes sei es gesagt — nur klägliche Erträge. Da berief der Oberhofmeister der Kaiserin die Berliner Collectanten und hielt ihnen eine kleine, einbrunliche Rede. Es handele sich darum, möglichst viel Geld zusammenzubringen. Wenn sie auch Juden aussuchten und von ihnen Geld bekämen, so schadet das nichts. Die Collectanten ließen sich das natürlich nicht zweimal sagen. Jedenfalls ist ein ganz Theil „unchristliches“ Geld dem Kirchenbaufonds aus diesen Bemühungen zugeflossen. In einigen augenscheinlich vom Freiherrn von Mirbach inspirierten Artikeln der „Köln. Zig.“ wurde übrigens versucht, ihn von jeder Verantwortung rein zu waschen. Es wurde behauptet, der Beschluß, auch bei Nichtprotestanten zu sammeln, sei wider seinen Willen gefaßt worden. Wäre dem wirklich so, so hätte Frhr. v. Mirbach gut gethan, offen mit seinem Namen hervorzutreten, da der zu officiösen Mittheilungen jener Art benutzten „Köln. Zig.“ allseitig das größte Mißtrauen entgegengebracht wird. Jedenfalls hat er den „Beschluß“ zur Ausführung gebracht und dadurch mit seinem Namen gedeckt. Trotz aller „Weiterzigkeit“, mit der die Sammlungen der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche veranstaltet wurden, wollte das nötige Geld nicht zusammenkommen, zumal der ursprüngliche Anschlag um immer neue Hunderttausende überschritten wurde. Immer prunkvoller sollte der Bau werden, um den schlichten alten Kaiser genügend zu ehren. Sogar an die freisinnig-socialdemokratische Berliner Stadtverordneten-Versammlung trat Frhr. v. Mirbach heran, um sie zur Hergabe von 300,000 Mark zu bewegen. Er wandte sich zu dem Zwecke an den Mann, den er mit Recht für das einflußreichste Mitglied der Versammlung hielt, an den socialdemokratischen Parteipascha Singer. Schon im vorigen Jahre hörte ich in angesehenen politischen und kirchlichen Kreisen diese Nachricht besprechen, die übrigens nur Ueingegebenen unglücklich scheitern konnte. Die Blätter unserer Richtung mochten damals die Meldung nicht bringen. Man überließ, wie gewöhnlich, den fetten journalistischen Bissen dem „Vorwärts“. Der meldete dann glücklich vor einigen Wochen, Freiherr von Mirbach habe seiner Zeit mit Singer und dem socialdemokratischen Gutmachergesellen Borgmann wegen Bewilligung der 300,000 Mk. verhandelt. Die Nachricht ist denn auch, obwohl sie in fast alle Zeitungen überging, unüber-

gesehen geblieben. Wäre sie nicht wahr, so hätte Freiherr v. Mirbach sie sicher, ehe er seine weitläufige Erholungsreise nach der Schweiz antret, durch eine der ihm zur Verfügung stehenden officiellen Blätter demontieren lassen. Eine eigene Ironie der Thatfache mochte es, daß die Regierungen des Oberhofmeisters der Kaiserin zu dem socialdemokratischen Hauptling in dem Augenblicke bekannt wurden, als von höchster Stelle alle guten Deutschen zum Kampfe gegen die vaterlandlose Politik aufgerufen wurden, deren Führer eben dieser Singer ist.

— Allgegenwart der Polizei. Daß die Polizei überall in öffentlichen Orten und in öffentlichen Versammlungen amtlich zugegen ist und Aufsicht führt, das genügt ihr nicht. Sie verlangt auch Zutritt zu Vereinen und Gesellschaften, die mit Politik gar nichts zu thun haben. Wir Socialdemokraten haben nach dieser Richtung hin schon gar wunderbare Dinge erlebt. Aber mit dem Essen wächst der Appetit und die Polizei macht ihre Allgegenwarts-Bestrebungen jetzt auch anderen Parteien gegenüber und auf zweifellos ganz unpolitischem Gebiet geltend. So besteht z. B. in Hannover eine „Philosophische Gesellschaft“, die sich mit praktischen und materiellen Dingen gar nicht beschäftigt, zu deren Sitzungen aber die Polizei das Recht des Zutrittes beansprucht, obgleich der Oberpräsident von Benzigen den unpolitischen Charakter der Gesellschaft ausdrücklich anerkannt hat. Wenn die oberste Behörde sich nicht ins Mittel legt, so wird die Polizei demnächst auch das Recht beanspruchen, jeder Zeit in Privatgesellschaften, ja in den Schooß der Familien einzudringen. Und wir kommen dann wohl auch soweit, daß, wie in Rußland, jeder Portier (Hausmann) als Polizist veredelt und mit Ueberwachung aller Familien in seinem Hause betraut wird. Viel fehlt schon jetzt nicht an dieser Ordnung des deutschen Polizei-Tempels.

— Aus den Fahrnissen des Septemberurses berichtet der „Vollwille“ in Hannover: In Sachen unseres Genossen Rauch hat das Oberlandesgericht in Celle der gegen die erfolgte Verhaftung eingelegten Beschwerde stattgegeben und angeordnet, daß Genosse Rauch ohne Caution aus der Haft zu entlassen sei. Derselbe ist Sonntag Mittag wieder in Freiheit gesetzt. Dagegen fand dann am Montag früh gegen 11 Uhr schon wieder einmal eine Hausdurchsuchung und Beschlagnahme in den Geschäftsräumen des Blattes statt. Es handelte sich um einen Artikel in Nr. 22 vom 11. September. Die Hausdurchsuchung erstreckte sich auf die Redactions-, Expeditions-, Seper- und Druckräume. Von der „gefährlichen“ Nummer ward weiter nichts gefunden, als unsere „Belegnummer“. Der verantwortliche Redacteur, Genosse Thielhorn, ward an Ort und Stelle durch den die Hausdurchsuchung leitenden Amtsrichter zu Protokoll genommen. Beschlagnahmt wurde gestern ferner die Nr. 214 der „Brandenburger Zeitung“ vom 13. September. Angeblich soll ein Artikel eine Majestätsbeleidigung enthalten. 24 Exemplare der betreffenden Nummer fielen der Polizei in die Hände.

— Ein neues Tabaksteuer-Gesetz? Die Mittheilung der „Post“, daß der Reichschatz-

Secr... n... Tabak... Steuer... Gesetz... Reichschatz...

Das Schicksal einer... Reichschatz... Tabak... Steuer... Gesetz... Reichschatz...

Das Hammerstein'sche Grundstück in Berlin in der Zimmerstraße ist am Montag zwangsweise versteigert worden. Das Meistgebot von 603,10 Mark gab Kaufmann Euenburg aus Berlin ab. Die Hypotheklast beträgt 731,600 Mark. Die ausgefallenen Forderungen betragen hiernach 126,500 Mark. Es sollen jedoch noch mehr Schulden vorhanden sein, so daß die ausgefallenen Forderungen gegen 170,000 Mark betragen. Erhebliche Schulden hat Frhr. v. Hammerstein auch im Kreise Lauenburg hinterlassen. Wie actenmäßig festgestellt ist, erleidet einer seiner besten Freunde, ein im Lauenburger Kreise ansässiger Rittergutsbesitzer, einen empfindlichen Verlust. Ein weiteres Opfer des Herrn v. Hammerstein ist auch sein Stiefsohn aus erster Ehe, ein in Italien lebender Maler, dessen Vermögen der geldbedürftige Freiherr zu verwalten hatte. Das Triumvirat Hammerstein-Stöcker-Zimmermann, so äußerte Abg. Bödel in einer Berliner Versammlung der antisemitischen Volkspartei, sei „noch schlechter als die Juden“, die wenigstens ihre eigenen Stammesgenossen nicht betrügen. Wenn sich solche Charaktere in der Politik breit machen, könne das Volk natürlich kein Vertrauen mehr hegen. Dieses Intriguententhum sei zehnmal gefährlicher als alle Socialdemokraten und Anarchisten, ja er behauptete, Hammerstein und Consorten, das seien die wahren Anarchisten und echten Jacobiner. Insbesondere meinte Bödel, im persönlichen Verkehr sei Stöcker verbindlich und aalglatt, hinterrücks aber falle er den Gegner an. Das bewiesen die Stöckerbriefe zur Genüge. So habe die Clique Hammerstein-Stöcker jahrelang mit unlau-

gemachten Erfahrungen nie vermuthet, in dieser Umgebung zu finden.

„Gewiß, es wird schon werden. Sie sollen ja sehr fleißig sein, habe ich mir sagen lassen. Nur immer fröhlich arbeiten, so lange Sie jung sind. Das Lernen ist Ihnen doch nicht unangenehm?“

„Im Gegentheil, gnädige Frau.“

„Bei uns wird Ihnen die Gelegenheit, Ihren Fleiß anzuprobieren, nicht fehlen. Bei den drei, vier Herren, die wir zu verwenden haben, können wir überhaupt nur die Hauptrollen besetzen. Sie werden sich also bald ein Repertoire schaffen können. Doch ich will Sie nicht weiter hören. Auf Wiedersehen! Guten Abend, meine Herren, guten Abend!“

Maria ging in die Damengarderobe. Die Frauen warteten sie sofort und begrüßten sie herzlich. Trotz des fortgeschrittenen Strebens und der entgegengegesetzten Charaktere fühlten sie doch alle inniges Mitleid mit dem Unglück, das Maria durchmachen mußte.

Brenner fuhr in seiner Schmitzarbeit fort. Nach einer Weile fragte Fritz:

„Herr Brenner, wir haben auf der Probe ja nur diejenigen Scenen durchgemacht, in denen ich spiele. Wie sind denn die anderen Rollen besetzt? Die Reden der Bauernvertreter werden, wie ich höre, gesprochen, den Camillard spielt der Director. Am blüht aber doch noch der Martineau. Wer spielt denn den?“

„Meine Frau,“ antwortete Alfred.

„Ihre Frau?“ fragte Fritz erstaunt. „Ja Männer-Mädern?“

„Jehoware; aus dem Bauern Martineau wird eben eine Bäuerin, Frau Martineau.“

„Das nenne ich aber sehr geschickt,“ fiel Fritz lächelnd ein.

Brenner nahm unterdessen aus seinem Koffer, der stets in der Garderobe blieb, eine grane Perrücke und stülpte sie Fritz auf den Kopf. Nachdem er durch ein mit Leim beschmieretes Cigarrenbündchen die Stirn der Perrücke mit der Stirn des Schauspielers fest verbunden hatte, fächelte er die scharfe Spitze eines Streichbrettes schwarz und zog auf Kolbes Gesicht von der Nase zum Mund, zwischen den Augen und Augenbrauspitzen ganz feine Striche. Dann verfertigte er aus grauer Bartwolle zwei Backenbärte und zwei Augenbrauen. Nachdem er das Gesicht des vor ihm Sitzenden gepudert hatte, stellte er aus Mehl und Wasser einen prächtigen Liebeskloß her, mit dem er nun die Bärte und die Augenbrauen auf Kolbes Gesicht anlegte.

„So, nun geben Sie mir 'mal Ihren Calabreseer und fragen Sie Frau Brenner, ob sie für Sie einen Stod und 'ne Tabakpfeife besorgt hätte.“

Fritz that Alles, was ihm gebieten. Als er leise an die spanische Wand geklopft hatte, kam ein entblößter Arm aus der Deckung hervor, der ihm das verlangte überreichte. Unterdessen hatte Brenner die weiße Kruppe des Calabreseers in drei Theile getheilt, diese mit Strohadeln an der Festschnur befestigt und steckte den so blitzschnell verfertigten Dreimaster, mit der einen Spitze zum linken Auge gewandt, fest auf-

Kolbes Perrücke, gab Fritz den Stod in die Hand und steckte ihm, der willenlos Alles über sich ergehen ließ, die Pfeife in den Mund. Dann führte er ihn vor seinen kleinen Toilettenspiegel:

„So, nun schau's mal hinein,“ sagte Brenner. Wenn er guter Laune war, sprach er in seiner heimathlichen Mundart.

Fritz sah in den Spiegel und fuhr fast erstaunt zurück, als er sein eigenes Ich erschaute, das in der Bekleidung ihm vollständig fremd vorkam. Der Dreimaster auf dem Kopf, der grane Bart, die tiefen Falten im Gesicht, die hervorstehenden Augenbrauen gaben ihm ein charakteristisches Aussehen. Das Aussehen wirkte auf sein ganzes Empfinden. Er reckte sich unwillkürlich, sein Gesicht nahm einen harten trotzigen Ausdruck an. Er bedankte sich herzlich bei Brenner und schritt in der Garderobe auf und ab, indem er bei jedem Schritt den Spazierstod fest aufsetzte und einige Worte halblaut aus seiner Stolle vor sich hin sprach.

Der Spaziergang Nachmittags hatte ihm außerordentlich wohl gethan, er fühlte sich so kräftig, so voller Laune, daß er wußte, er würde mit ganzer Empfindung spielen.

„Es ist übrigens noch fürchterlich früh, kaum ein Viertel acht,“ sagte Alfred, „ich sehe gar nicht ein, warum wir uns so beeilen, vor acht Uhr fangen wir doch nicht an.“

Er nahm aus seiner Tasche die Hälfte einer Cigarre, steckte sie sich an seinem Lichte an und paffte munter drauf los.

Wahlkreis protestiert. Die Centralverwaltung... als Reichstagsmandat verloren hätte.

Herr v. Hammerstein war nämlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks, weil er anderenfalls sein Reichstagsmandat verloren hätte.

Der Handel mit unseren Colonien stellt sich wie folgt. Es befreit sich der Werth unserer Einfuhr aus den Colonien im Jahre 1894 auf den geringen Betrag von 4,731,000 Mark.

Zur Entwicklung der russischen Industrie wird berichtet: Diejenigen Vertreter der „volkstümlichen“ russischen Intelligenz, welche ihren Zweifel an die Zukunft einer socialdemokratischen Bewegung in Russland damit begründen, daß die russische Industrie mangels eines genügenden Absatzgebietes keine Ausdehnung erfahren kann, sollte das Ergebnis der Mitte September beendeten Messe in Nischny Nowgorod eines besseren belehren.

Aus Island (Dänemark) sind jetzt nähere Nachrichten über die letzte Tagung des Althings eingetroffen. Der Verfassung gemäß darf eine Tagung nicht länger als zwei Monate dauern.

Artikeln ein abgelehntes Veto erwidert. In diesem Jahre können die Wähler sich auch den Verhältnissen tägen zu weh. In dem das Althing in einer begünstigten Lage sich befindet.

Die italienischen Arbeiter sollen anlässlich des „Nationalfestes“ geradezu großartige Begeisterung für ihren König gezeigt haben. Der Telegraph berichtet, daß Dienstag im Königsschloß zu Rom Deputationen von 400 Arbeitervereinen erschienen sein sollen.

Der Aufstand in Cuba hat solche Dimensionen angenommen, daß er jetzt die ganze spanische Politik beherrscht. Die Zahl der Insurgenten wird auf 30,000 geschätzt.

Wie ein Chinesischer Kaiser den Umsturz bekämpft. In Hongkong besuchte der Universitätskanzler bei den jährlichen Prüfungen Tausende von Studenten mit einer in Verse gebrachten Ausgabe einiger kaiserlichen Verordnungen.

Die Theilung der Kameele. Ein alter Araber sahte sein Ende herannahen und theilte sein ganzes Gut, siebenzehn Kameele, folgendermaßen unter seine drei Söhne: Hassan, dem ältesten, die Hälfte; Mohamed, dem zweiten, ein Drittel; Mustapha, dem jüngsten, ein Neuntel.

Ein lustiges Geschichtchen wird aus Staffort berichtet. Der Amtsvorsteher eines in der Nähe gelegenen Dorfes erhält ein amtliches Schreiben von der Staatsanwaltschaft, dessen Sinn er trotz aller Mühe nicht entsiffern kann.

Seiteres. Nothgedrungene Verthigung. „Ja, meine Freunde“, sagte der Pfarrer, als er die Leichenrede hielt, „der Verstorbene wurde schnell dahingerafft und hinterläßt eine trauernde Wittve von vierundzwanzig Jahren!“

Recht tröstlich. Duellant: „Ach, wie beunruhigt mich der Gedanke an meine schöne junge Braut. Wenn ich falle.“ — Duellant: „Da sei mir ganz ruhig — die Heirat ist!“

Ledermann's seit Jahren allgemein beliebter

Aechter Kaffeetrunk

bleibt nach wie vor unzweifelhaft der beste, billigste und aromatisierte Kaffee-Branta und Zusatz

Aechter Feigen-Kaffee

nur allein echt zu haben bei

A. F. C. Kallmeyer.

Socialdemokrat. Verein für Breslau und Umgegend.

Donnerstag, Abends 8 Uhr:

Vorstandssitzung.

Die Revisoren sind dazu eingeladen. Die Genossen, welche noch Programme von der Kassalleiter abzurechnen haben, werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Stadt-Theater.

Donnerstag: Das Räubern von Gribbons Freitag: Der Gelehrte

Lobe-Theater.

Donnerstag: Der Widerspenstige Zähmen Freitag: Der Widerspenstigen Zähmung

Victoria-Theater.

(Simonsen-Garten). Budapest Possen-Theater. Anfang des Concerts 7 Uhr. der Vorstellung 7 1/2.

„Harmonie“

Sommer-Theater, Nicolaistraße 27. Täglich: Große Künstler-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

84

Erprobt

in Wagen und Qualität sind meine fertigen Ueberzieher . . . 10 Mk. an Double-Sacco's . . . 5 . . . Interims-Joppen . . . 7 . . . Anzüge, in u. Zreih. . . 12 . . . Gehensellermäntel . . . 7 . . .

Entzückt

sind alle Herren von den bei mir in feinsten Ausführung nach Maß gearbeiteten Kleibern. Ueberzieher nach Maß . . . 25 Mk. an Anzüge nach Maß . . . 24 . . . Hosen nach Maß . . . 6 . . .

35

Arbeiter

kauft eure

Hüte

nur bei

Carl Hitze

Hut-Fabrik

Schmiedebrücke nahe dem Universitätsplatz.

Hitze

ist am billigsten.

Hitze

hat die besten Güte. Streng feste Preise.

Volks-Festspiele zu Breslau

im Vincenzhause zum Besten des Baufonds eines Volks-Theaters in Breslau.

Friedrich der Grosse.

Ein vaterländisches Volks-Festspiel von Max Lündner, dargestellt von **Breslauer Bürgern** unter Leitung und Mitwirkung von Alexander Kessler aus Straßburg i. G.

— II. Serie: —

Dienstag, den 24. Sept. | Donnerstag, den 26. Sept.
Mittwoch, den 25. Sept. | Freitag, den 27. Sept.
Abends 8 Uhr. Sonnabend, den 28. Sept. Abends 8 Uhr.

Preise der Plätze:
Erster nummerierter Platz 4 Mk., zweiter nummerierter Platz 2.50 Mk., Tribüne (nummerierter Sitzplatz) 1.50 Mk., Saal-Sitzplatz 1 Mk., Tribünen-Sitzplatz 50 Pf.

Eintrittskarten für alle vier Aufführungen sind zu haben in der Königl. Hof-Musikalien- und Buchhandlung von Julius Hainauer, Schmiedebriegerstraße 52. — Auswärtige Bestellungen auf Karten beliebe man unter Franko-Einsendung des Betrages und 15 Pf. für Zusage an Herrn **Julius Hainauer** zu richten. Die Damen werden höflichst ersucht, die Hüte abzulegen. Das Fest-Comité.

Interims-Theater Tivoli.

Direction: Max Weidlich. Sonnabend, den 28. September 1895. **Eröffnungsvorstellung**

Nora.

(Ein Puppenheim.) Schauspiel in 3 Acten v. Henrik Ibsen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Sektion der Schlosser.

Die Kassenabende finden vom 28. September an jeden Sonnabend von 8-10 Uhr Abends im Local „Merkur“, Schuhbrücke Nr. 42, statt. 140 Die Ortsverwaltung.

Musik-Instrumente.

Alle Viol., Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielbänke zum Drehen u. selbstspielend, Harmonika's etc. fertig R. Cohn, Kupfer-Schmiedestr. 17. 3918

S. Hurlig

Breslau
Ohlaner-Strasse 84
1. Etage
Eingang Ecke Schuhbrücke.

84

Sieben erschien:

Kromme Brüder.

Neue Berse, gehauen u. gestochen vom jüngsten

Bruder Heinrich.

Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch alle Colporteurs

Die aus der

Hermann Pabst'schen Concurssmasse

erworbenen Waarenbestände, bestehend in Tuchstoffen, fertigen Anzügen und Paletots, sowie Arbeiter-Garderoben werden werktäglich **Paulstraße Nr. 14** Vormittags von 8-1 Uhr und Nachmittags von 3-7 Uhr ausverkauft. Erworrene Waarenbestände und andere Waaren, die Ladeneinrichtung und Schneidewerkzeuge stehen ebendasselbst zum Verkauf. 99

Für Vereine!

Artikel, wie: Bouquets, Duzend von 50 Pfg. an, Orden, Duzend von 20 Pfg. an, Ansteckrosen, Duzend von 10 Pfg. an. 3952

Einladungskarten

pro Hundert von 1 Mk. an, sowie sämtliche Druckarbeiten in eigener Druckerei schnell und billig.

Sockkappen fabrik.

A. Wollmann, Breslau, Nicolaistr. 16.

Arac, Rum, Cognac

selbst importirt en gros und en détail. ff. Punsche u. Glühweinextracte, Banane, Ananas, Burgunder, Kaiser-Wein etc. Punsch, Grogg, Essenzen.

ff. Original- und Tafel-Liqueure

Annaberger Klosterbitter, Mandarinen-Ginger, Benedictiner, Karäuser Curacao etc. „Nachod“

Wagen- und Cholera-Bitter, alten Breslauer Korn mit Wein abgezogen, Aepfelwein, Johannisbeerwein, Blaubeerwein, Himbeer- u. Citronen-Limonaden, Essig, Wein-Essig und Mostsch, empfiehlt

Hermann Seldel.

BRESLAU, Ring 27, Telephon No. 8. Verkaufsstellen: Im Ausschank im Gasthof, im Comptoir im Post.

Grosser Umsatz! Kleiner Verdienst!

Grosser, Umsatz! Kleiner Verdienst!

Herren- und Knaben-Garderobe

von nur dauerhaftesten Stoffen, gediegener Arbeit und vorzüglichem Schnitt, in grosser Auswahl, liefert bei streng reeller und billigster Bedienung

J. Schönfeld,

Schmiedebrücke.

19.

Anträge zum Parteitag.

(Zählung statt Bestätigung)

Organisation.

Parteitag.

Parteigenossen in Halberstadt: Den nächsten Parteitag in Halberstadt abzuhalten.
Parteigenossen des ersten und zweiten Hamburger Kreises: Den nächsten Parteitag in Hamburg abzuhalten.
Parteigenossen in Hannover und Verden: Den nächsten Parteitag in Hannover abzuhalten.
Parteigenossen des ersten und dritten Berliner und des Nieder-Barnimer Kreises: Den Parteitag künftig zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen.

Parteigenossen in Barmen: Den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, 3 Wochen vor dem Beginn des Parteitages zu veröffentlichen.
Parteigenossen in Danzig: Der Parteitag setzt die Diäten seiner Delegierten selbst fest.

Parteiwesen.

Parteigenossen des 1., 2., 3., 4. und 6. Berliner sowie des Kreises Teltow-Storkow-Beeskow: Parteibeamtene und Redacteure, die Reichstagsabgeordnete sind und deren Gehalt 3000 Mark und darüber beträgt, erhalten keine Diäten.
Parteigenossen in Altona: Personen, die in der Partei ein auskömmlich besoldetes Amt bekleiden, dürfen einen zweiten besoldeten Posten in der Partei nicht annehmen, und dürfen auch für weitere Geschäfte, die sie für die Partei besorgen, Ansprüche auf Extrahonorierung nicht machen.

Parteigenossen in Gilbek-Hamburg: Den Parteitag stets in der Mitte des Reiches abzuhalten, weil hiermit der Partei bedeutende Kosten erspart würden.
Parteigenossen in Halle: Die Parteifeier ist eine Demonstration für den Achtstundentages und nicht, wie von den Buchdruckern ausgelegt, tarifmäßiger Feiertag. Eine rechtmäßige Bezahlung auf Grund des Buchdrucker-Tarifs kann nicht gefordert werden.
Parteigenossen des 6. Berliner Kreises: Den vorjährigen Parteitage-Beschluß, betreffend die Abschaffung der Accorarbeit in Druckereien, in denen Arbeiterblätter hergestellt werden, hat der Vorstand zur Durchführung zu bringen.

Parteigeschäfte.

Parteigenossen des Nieder-Barnimer Kreises: „Der Parteitag wolle eine Fünfer-Commission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und in wie weit die Druckarbeiten des „Vorwärts“ und der sonstigen bei Wading gedruckten Parteiliteratur mit für die Partei größerem Nutzen als bisher hergestellt werden können. Die Commission hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.“
Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: In den Parteigeschäften die Nacht- und Accorarbeit abzuschaffen.

Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Die Parteidruckereien in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen. Die für Hamburg notwendigen Protokolle müssen in Hamburg bei Kuer u. Co. gedruckt werden.
Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Die Parteiliteratur soll ausschließlich in Parteigeschäften hergestellt werden.

Allgemeines.

Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: Zu § 9 Ziffer 3 des Organisationsstatuts folgenden Nachsatz anzufügen: „Soweit diese die Controleure betrifft, haben drei Mitglieder davon, welche unter sich selbst gewählt sind, auf dem Parteitag zu erscheinen.“ — Zu § 13 Absatz 1 des Organisationsstatuts anzufügen: „Die Controleure sind aus Berliner und daran grenzenden Wahlkreisen zu entnehmen.“
Parteigenossen des 2., 3. und 6. Berliner Kreises: Die Controleure sind möglichst von den Genossen der Umgegend, da wo der Parteivorstand seinen Sitz hat, zu wählen.
Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: Es soll in Zukunft der § 13 des Organisationsstatutes lauten: Die Parteileitung besteht aus 14 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassier, 2 Beisitzern und 7 Controleuren. Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzetteln. **Das Amt als Kassier darf niemand länger als höchstens zwei Jahre hintereinander bekleiden zc.**
Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: Dem § 4 Absatz 1 des Organisationsstatutes folgende Fassung zu geben: Die Vertrauensleute werden alljährlich in öffentlichen Parteiversammlungen oder Parteiconferenzen gewählt.
Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Dem § 9 unserer Parteiabgaben als Absatz 4 einzufügen: „Der Parteitag setzt die Diäten für die Teilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse zu zahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, zur Deckung der durch den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen.“ — Dem § 9 Absatz 1 des Organisationsstatutes dahin abzuändern, daß statt 3 Delegierte nur ein Vertreter von jedem Wahlkreis zum Parteitage entsendet werden darf.
Parteigenossen in Königsberg: Der Parteitag hält es für die Pflicht der Parteigenossen, überall da, wo es die materiellen Mittel erlauben und die nötigen Personen vorhanden sind, Rechtsbüreaus zu errichten.
Die Parteigenossen Eiberfelds: Der Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach die Abgeordneten als Delegierte nicht wählbar sind, wird durch folgende Be-

stimmung erlegt die Abgeordneten, welche an den Verhandlungen des Parteitages teilnehmen, müssen mit einem Mandat versehen sein, sofern sie nicht der Parteivorstand besonders nach dem Parteitag berufen hat.

Presse.

Central-Organ.

Parteigenossen des Kreises Nieder-Barnim: Der Abonnementpreis des „Vorwärts“ ist zu erniedrigen.
Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: „Der Parteitag wolle seinen Einfluß dahin geltend machen, daß in Zukunft im „Vorwärts“ die politischen und gewerkschaftlichen Versammlungs-Anzeigen übersichtlicher, von den sonstigen Geschäftsannoncen getrennt gebracht werden, da bei dem gegenwärtigen Subdeldruck jede schnelle Information unmöglich wird.“
Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Die Redaktion des „Vorwärts“ wird beauftragt, alljährlich, sobald das Material über die Alters- und Invaliditätsversicherung vorliegt, ausführlich darüber Bericht zu erstatten.
Genosse D. Bletth, Berlin: Das Centralorgan, der „Vorwärts“, hat seinen Nachrichtenbericht bezüglich des Auslands zu vervollkommen und zu diesem Zwecke nicht allein in allen Hauptstädten, sondern auch in den größten Städten der außerdeutschen Länder Correspondenten sich zu halten, die ihn über alle wichtigen Ereignisse, besonders über diejenigen, an denen die Partei theilhaftig oder interessiert ist telegraphisch Nachricht geben.

Unterhaltungsliteratur.

Parteigenossen in Stuttgart: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, für die Herausgabe eines guten Familienblattes zu sorgen.
Parteigenossen des 17. hannoverschen Wahlkreises: 1. Die „Neue Welt“ möge teils mehr dem Verständnis der Proletarierfrauen angepaßt und mit Illustrationen versehen werden, die dem Charakter eines Unterhaltungsblattes für Klassenbewußte Arbeiter besser als bisher entsprechen. Wenn irgend möglich, ist auch eine Vergrößerung desselben von acht auf zwölf Seiten für denselben Preis anzustreben oder aber der Preis herabzusetzen. Dadurch würde es vermieden werden, daß andere Unterhaltungsblätter politisch farblosen Inhalts als Beilagen zu Parteiorganen benutzt werden. — 2. Nachdem bereits der Erfurter Parteitag eine Resolution annahm, welche die Schaffung einer sozialdemokratischen Jugendliteratur empfahl, den Parteivorstand zu beauftragen, nunmehr Schritte zu thun, durch welche diesem tiefgefühlten Bedürfnis abgeholfen werden kann.

Correspondenz-Bureau.

Genosse Thiel in Harburg: „Der Parteitag möge erwägen, ob es nicht möglich sei, ein Correspondenz-Bureau zu schaffen, welches die Parteipresse auf schnellstem Wege mit jenen actualen Neuigkeiten parteipolitischen Charakters versorgt, die jetzt erst von einem oder dem andern Parteiorgan aufgegriffen werden, häufig ziemlich langsam durchsickern und so erst weit später zur Kenntnis der Allgemeinheit kommen.“
In dringenden Fällen hätte dieses Correspondenz-Bureau, das im engsten Connex mit dem Parteivorstande stehen müßte, auch Depeschen zu versenden.“

Broschüren.

Parteigenossen des Kreises Nieder-Barnim: „Den im Verlage des „Vorwärts“ erscheinenden Broschüren, insbesondere den Protocollen der Parteitage ein einheitliches Format zu geben, damit sie besser zusammengeheftet eingebunden werden können.“
Genosse Leyendecker in Höchst: Dem Parteivorstand aufzugeben, alljährig eine Broschüre zum Selbstkostenpreis herauszugeben, welche nach alphabetischer Reihenfolge geordnet und sämtliche Vocale in den Städten und Dörfern verzeichnet, worin die sozialdemokratische Presse „offen“ liegt. — Diejenigen Vocale, welche zu Versammlungen zur Verfügung stehen, sind durch Fettdruck hervorzuheben. — Ferner der Broschüre die Adressen sämtlicher Vertrauensmänner anzufügen.
Von deutschen Genossen in London: Der Parteitag wolle ersucht, den Parteivorstand zu ermächtigen, sich mit dem Verlag Dietz ins Einvernehmen zu setzen, um Kautsky's „Erfurter Programm“ zum Massenvertrieb als billige Volksausgabe erscheinen zu lassen; die Localpresse hat event. auf eine herartige Volksausgabe mit allem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Genossen zu lenken.

Allgemeines.

Die Parteigenossen des 17. hannoverschen Wahlkreises sprechen den Wunsch aus, daß die Delegierten aus jenen Wahlkreisen bezw. Orten, von welchen bisher speciell für die Landagitation berechnete Flugblätter und ähnliche Präferzeugnisse hergestellt resp. verbreitet worden sind, auf dem Parteitag zu Breslau Probe-Exemplare dieser Flugblätter an sämtliche Delegierten theilen mögen. Dadurch wird ein gegenseitiger Austausch von Präferzeugnissen angebahnt, welcher für die Landagitation und die Beurtheilung der Verschiedenheit der Agrarverhältnisse in den einzelnen Landstrichen von nicht zu unterschätzendem Vortheil ist.
Parteigenossen in Jüterbogk: Dem Kreis-Vertrauensmann sowie den Vertrauensleuten am Ort, wird ein Exemplar des „Vorwärts“ gratis zugestellt.
Von den Controleuren: Der Beschluß des Frankfurter Parteitages: „den Vertrauenspersonen ist auf ihr Gesuch hin der „Vorwärts“ gratis, auf Parteikosten, zu liefern“ wird aufgehoben.
Genosse Schneider in Damm-Jüterbogk: Ein Blatt um möglichst billigen Preis herauszugeben, das in kurz gefasstem Sinn, einfachem Stil und leicht verständlichem Ausdruck auf die Landbewohner, Kleinbauern und Landarbeiter berechnet ist.

Parteigenossen in Königsberg: Der Parteitag wolle beauftragen, in alle Orte 17. und 18. Verwaltungskreis entsprechende Reichstagsberichte hinauszuversenden.
Genosse W. Brummen-Martin und 27 Genossen: Die Halbmonatsschrift „Der sozialistische Arbeiter“ ist als Parteiorgan anzusehen und regelmäßig in der Uhe derselben zu führen. Die Parteipresse sowie die Vertrauenspersonen sind verpflichtet, ihr möglichstes zur Verbreitung des „socialistischen Arbeiters“ beizutragen.

Agitation.

Agitation.

Parteigenossen in Pangenbüelan: Vom Parteivorstand sind an geeignete Orte auf Kosten der Partei Parteigenossen zu setzen, welche befähigt sind, an dem betreffenden Ort eine rege Agitation für die Sache des Proletariats zu entfalten. Die Genossen sind so lange zu unterstützen, bis sie ihr Auskommen durch eigene Kraft erlangen können. Um die Landagitation mehr zu fördern, ist die Agrarcommission resp. der Parteivorstand verpflichtet, aus amtlichen Statistiken, Nachweisen, Zeitungsberichten zc. dasjenige Material zu sammeln, welches zeigt, wie der Kleingrundbesitzer vom Großgrundbesitzer ausgenutzt wird (bei Wegebau, Steuern, Verrentung, Renten zc.) und welches überhaupt ein Bild von der Lage der ländlichen Bevölkerung giebt. Dieses Material ist kurz gefaßt den Vertrauensleuten, Redactionen zugänglich zu machen, damit bei der Landagitation in Neben und Flugblättern mehr praktische Gedanken als die bloße Theorie zur Anwendung kommen.
Genosse Leyendecker in Höchst: Der Parteivorstand hat für die ländlichen Kreise noch mehr Thätigkeit zu treffen und die bewährtesten und bekanntesten Redner mehr aufs Land hinauszusenden und endlich einmal eine Verringerung der vielen Versammlungen in den großen Städten eintreten zu lassen; ferner zu erwägen, ob es nicht für die Landagitation zweckmäßig sei, seltene, mit den ländlichen Verhältnissen vertraute Genossen zur Agitation heranzubilden und dieselben als Redner zu verwenden.
Parteigenossen in Danzig: Den Parteivorstand zu beauftragen, mehr rednerische Kräfte nach Ost- und Westpreußen mit Agitationstouren zu betrauen.

Taktik.

Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Gegen die immer bestimmter auftretenden Vorschläge der reactionären Parteien, das für das deutsche Reich geltende allgemeine, gleiche, geheime und directe Wahlrecht, insbesondere das Coalitionsrecht einzuschränken, eine energische Agitation einzuleiten, die darauf hinausgeht, das allgemeine gleiche, geheime und directe Wahlrecht auch für die einzelnen Landtage und Communen auszudehnen, und unumschränktes Coalitionsrecht zu erlangen. Es gilt, unter allen Umständen zu verhindern, daß die herrschenden Klassen in ihrer unheilvollen Verblendung die wichtigsten Pfeiler einer gesunden Entwicklung gefährden, damit einem Conflict der Macht-habenden der Boden entzogen wird.

Maifeier.

Siebzehn Leipziger Genossen: Den Zusatzabsatz des Züricher Congressbeschlusses, betreffend die Maifeier: „Die Socialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird“, in die Kölner Resolution einzuschalten.
Parteigenossen des Kreises Nieder-Barnim: Am 1. Mai haben sämtliche Referenten unentgeltlich zu referiren.

Parlamentarisches.

Parteigenossen des Kreises Syd.-Olekt.-Johannsburg: Die Reichstagsfraction zu beauftragen, einen Antrag folgenden Inhalts im Reichstag einzubringen: Das Salzen von Ammen ist, da sterilisirte Kuhmilch ein vollständiger und billiger Ersatz für Ammenmilch ist, von Staats wegen zu verbieten und nur dann zu gestatten, wenn ein ärztliches Physicats-Attest für die Nothwendigkeit dazu vorliegt und wenn die Amme ihr Kind bereits verloren hat.
Parteigenossen in Birmasens: Die Reichstagsfraction hat im Reichstag einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung der Gewerbeegerichte und deren Ausdehnung in der Zuständigkeit auf Dienstboten und ländliche Arbeiter.
Die Parteigenossen in Aachen: Die Reichstagsfraction ist verpflichtet, jedes Jahr im Reichstage den Antrag zu erneuern auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages und eines Minimallohnes.
Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Die Reichstagsfraction hat im Reichstage einen Antrag einzubringen, in dem der gesetzliche achtstündige Arbeitstag und die Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gefordert wird.

Die Parteigenossen in Tschern: Die Reichstagsfraction hat im Reichstag einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung der Gewerbeegerichte und deren Ausdehnung in der Zuständigkeit auf Dienstboten und ländliche Arbeiter.
Die Parteigenossen in Aachen: Die Reichstagsfraction ist verpflichtet, jedes Jahr im Reichstage den Antrag zu erneuern auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages und eines Minimallohnes.
Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Die Reichstagsfraction hat im Reichstage einen Antrag einzubringen, in dem der gesetzliche achtstündige Arbeitstag und die Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gefordert wird.
Die Parteigenossen Gerndt-Berlin und Zettin-Stuttgart:

1. Reichstagsfraction wird beauftragt, bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines neuen bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie die Initiative zu ergreifen für die Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frau dem Manne gegenüber benachteiligen;
2. bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines neuen bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie einzutreten für die Rechte der unverheirateten Frauen als Mütter, sowie für die Rechte ihrer Kinder.

Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: 1. Die Reichstagsfraction hat darauf hinzuwirken, daß die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird.

Parteigenossen in Mannheim: Die socialdemokratische Reichstagsfraction zu beauftragen, in der nächsten Session einen Antrag auf Vereintheilung der ganzen

Sozialgesetzgebung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung) eingeleitet.

Die Parteigenossen des Reichstages... Die Reichstagsfraktion hat zu veranlassen, daß die Krankenkasse bei der Invaliditätsversicherung von 70 auf 80 Jahre herabgesetzt...

Vom Genossen Mohrlied: Die Reichstagsfraktion hat, wenn möglich, noch in der bevorstehenden Session des Reichstages folgende Vorlage für den § 139 b der Gewerbe-Ordnung zu beantragen:

§ 139 b. Die Bestimmungen der §§ 134-139b finden auf alle Fabrik-, gewerblichen und handindustriellen Anlagen Anwendung. Die Aufsicht über die Ausführungen der Bestimmungen der §§ 105 bis 120c, 120 bis 128, 134 bis 139a ist besonderen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu übertragen...

Die Zuständigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten erstreckt sich auf alle für den jeweiligen Betrieb geltenden Bestimmungen der obengenannten Paragraphen der Gewerbe-Ordnung.

Die erwähnten Beamten haben Jahresberichte über ihre amtliche Tätigkeit zu erstatten, welche dem Bundesrath und Reichstag unterfertigt vorzulegen sind.

Die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes, gestatten.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben alle zwei Jahre eine Statistik über die Zahl der Anlagen und der darin beschäftigten Arbeiter, sowie über Geschlecht und Alter derselben, und deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen.

Alle in den §§ 105c, d, e, f und 138a, 139, 139a vorgesehenen Ausnahmebestimmungen sind nur nach Begutachtung und unter Zustimmung derjenigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zulässig, in deren Bezirk die Anlage sich befindet.

Die Absätze 2 bis 5 des § 134 treten, als hiernach...

Die Parteigenossen in Niederharm und Brandenburg: Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstagsfraktion auszugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstagswahlgesetzes im Reichstage einzubringen...

1. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Ausnahme-gesetze gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gewerbe...

§ 1. Gemeinsame landesgesetzliche Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältnis ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gewerbes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben.

§ 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffern oder dem Gewerbe und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Bestimmungen über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge).

§ 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeiterkategorien und deren Arbeitgebern sind durch öffentliche Stellen zu entscheiden.

§ 4. Dieselben Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgenannten Arbeiterkategorien.

§ 5. Besatz und Mitglieder der besagten Nacht, welche Besatzungsorganen unterstellt sind, sind für ihre Handlungen und Unterlassungen straflos und civilrechtlich ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verbrechen zur Last fällt, verantwortlich.

und Mitglieder der besagten Nacht... zu Schadenersatzleistung können von jedem geltend gemacht werden...

3. In die Gewerbeordnung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche außer Zweifel gesetzt wird, daß weder der Landesgesetzgebung, noch irgend einem Provinzialgesetz die Befugnisse durch Verbote zu verweigern, zu einer bestimmten Zeit auszuscheiden oder öffentliche Ausstellungen zu dulden.

4. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammentritt des Reichstages einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 10 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punktes 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

Parteigenossen in Halle: Der Dresdener Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktion im Reichstage diejenige Stelle im Präsidium einnimmt, auf welche sie geschäftsordnungsgemäß Anspruch zu erheben hat.

Genosse Doppler in Mühlhausen i. G.: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, baldigst einen Antrag auf Abänderung des sogenannten Krankenversicherungs-Gesetzes einzubringen, da in dem jetzt geltenden eine Reihe von Paragraphen enthalten sind, welche eine wirkliche Versicherung gegen Krankheit vollständig unmöglich machen.

Genosse Wohlers in Hamburg-Gilbe: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem die gänzliche Aufhebung aller freien Hilfskassen, sowie der Fabrik-Krankenkassen verlangt wird.

Resolutionen.

Genossinnen und Genossen in Breslau: Die Unterzeichneten beantragen: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wolle beschließen: In Ermägung, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der zur Erwerbsarbeit gezwungenen Mädchen und Frauen immer jämmerlicher werden...

Parteigenossen des 11. sächsischen Wahlkreises: In Ermägung, daß der endliche Sieg des Proletariats um so eher eintreten wird, je rascher die sozialistischen Ideen und Lehren die allgemeinste Verbreitung gefunden haben...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Parteigenossen in Weiburg: In Ermägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei im Reichstage zu vertheidigen...

Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Gerichtliches.

Harte Strafe. In Halle a. S. verurtheilt das dortige Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsraths Dr. Hindsel den Maurer Schade zu sechs Monaten Gefängnis, weil er angeblich einen Streikbrecher geohrfeigt haben soll.

Verurtheilte Polizisten. Die Polizeiergeanten Janzen und Gehlen aus Rheydt bei M.-Glabbech standen Sonnabend vor der Strafkammer in Dortmund unter der Anklage der Mißhandlung.

In Tunitz spielte sich vor Kurzem ein Proceß vor dem Kriegsgericht ab, über dessen bemerkenswerthen Ausgang wir schon kurz berichteten und der ein neues Zeugniß für die rohe, ja barbarische Behandlung ist, der die französischen Soldaten im Allgemeinen, die in Afrika stehenden im Besonderen ausgelegt sind.

Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Kämpfe in England. Der Londoner Generalcomité des „Bohmian“ schreibt: In verschiedenen Industrien suchen die Arbeiter den besten Beschäftigung zum Kampf für Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen auszumachen.

Die Parteiverammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Provinzialconferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm...

...nach dem Vorhergehenden... auch nicht... der Militär...
 ...auch nicht... der Militär...
 ...auch nicht... der Militär...

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...
 ...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Die Einwirkung eines Rhein-Weser-Elbe-Canals auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Schlesiens.

In Sitzungsberichte der...
 ...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Abhebung von Straßendammungen.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Verfuchter Betrug.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Erkrankt aufgefunden.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Ein Kind aus dem Fenster gestürzt.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Selbstmordversuch.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Ueberfahren.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Selbstmord.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Leichenfund.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Aus dem Polizeibericht.

...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Vereine und Versammlungen.

d. Versammlung von Tabakarbeitern und Arbeiterinnen.

Im „Rothem Löwen“ fand am Mittwoch, den 25. September, Abends 8 Uhr, eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der in der Tabakindustrie beschäftigten Personen statt. Colleague Wasmann erstattete in derselben Bericht als Delegirter über die am 8. September in Erfurt abgehaltenen Conferenzen der deutschen Tabakarbeiter, deren Zweck es war, Mittel und Wege zu beraten, wie einem etwa neu auftauchenden Projecte einer Mehrbelastung des Tabaks zu begegnen sei. Wie der Delegirte berichtet, hat die Conferenzen beschlossen, die bisherige Einrichtung der Provinzial-Commissionen, die sich bei der Bekämpfung der Tabaksteuer wohl bewährt hätten, weiter bestehen zu lassen. Nach dem von der Conferenzen gefassten Beschlüsse werden die Commissionen, wenn die Tabakarbeiter der Gefahr einer Bedrückung seitens der Reichsregierung durch neue Steuern ausgeföhrt werden sollten, in der Lage sein, eine noch ergiebiger Agitation, als beim ersten Male, entfalten zu können. Nach Erledigung dieses Punktes theilte Colleague Wasmann mit, daß die Commission des hiesigen Unterstützungvereins der Tabakarbeiter sich in Betreff des Ausstarbes der Ohlauer Collegen mit der Firma Markus Erben in Verbindung gesetzt habe, um eine Einigung in dieser Sache zu erzielen. Die Bemühungen der Commission seien auch insofern von Erfolg gewesen, als der Geschäftsführer der Firma sich nicht abgeneigt gezeigt habe, die Uebelstände abzustellen und die Ausstarbten wieder in Arbeit zu nehmen. Beurlaubte sollen nur für eine Sorte Cigaretten benutzt und das verlangte offene Gewicht festgesetzt werden.

Locales.

Breslau, den 26. September 1890

* In der gegenwärtigen Conversions-Mera geht es selbst frommen Blättern an den Kragen, die nach Kräften für die Aufrechterhaltung...
 ...jahr betriebe... auch nicht... der Militär...

Conversion der 4procentigen Breslauer Stadtanleihe.

Der Magistrat theilt bei Stadtkonferenz-Versammlung mit, daß der Stadtgemeinde Breslau die Genehmigung zur Conversion des noch nicht convertirten Theiles der 4procentigen Stadtanleihe vom Jahre 1880 auf 3½ Procent mit der Maßgabe erteilt worden ist, daß die in dem Allerhöchsten Privilegium vom 25. October 1880 festgesetzte Tilgungsfrist innegehalten wird, sowie daß die noch nicht getilgten Anleihecheine den Inhabern derselben rechtzeitig für den Fall zu kündigen sind, daß die Anleihecheine dem Magistrat zu Breslau nicht bis zu einem, von demselben festzusetzenden Termine zur Abstempelung auf 3½ Procent eingereicht werden. Die finanzielle Durchführung des Conversiongeschäftes hat der Magistrat einem Consortium, bestehend aus den hiesigen Berliner Bankhäusern Delbrück, Lee u. Co. und Robert Warschauer u. Co. übertragen. In Berücksichtigung des auf 101,50 Procent festgesetzten Conversionscourses hat das vorgenannte Consortium die Durchführung der Conversion — unter Ausschluß der im Besitz der Stadtgemeinde bzw. unter städtischer Verwaltung stehender Verwaltungen, Institute und Stiftungen befindlichen, circa 2 Millionen Mark 4procentiger Breslauer Stadtanleihecheine, die bei uns selbst convertirt werden, unter im wesentlichen folgenden Bedingungen übernommen:

a) Das Consortium erhält auf den Nominalbetrag der bis zum 31. October d. J. zur Conversion durch Abstempelung eingereichten Anleihecheine eine Provision von ¼ Procent auf je 100 Mark nominal, d. h. der Cours für diesen Theil der Anleihe beträgt für die Stadtgemeinde 101,30 Procent.

b) Die nicht zur Conversion eingereichten bis zum 1. Juli 1896 von der Stadtgemeinde eingelösten vierprocentigen Anleihecheine, nachdem dieselben auf 3½ Procent abgestempelt sind, übernimmt das Consortium zum Course von 102,47 Procent und hat den Uebnahmepreis für den Gesamtbetrag der nicht zur Conversion eingereichten Anleihecheine der Stadtgemeinde entweder am 1. April 1896 in einer Summe zu zahlen, oder in den ihm vom Magistrat nach mindestens fünf Tage vorher erfolgter Anfündigung, angebenen Theilbeträgen zuzüglich ¾ Procent vom 1. April 1896 bis zum Zahlungstage.

Die öffentlichen Bekanntmachungen wegen der Kündigung der Anleihe zum 1. April 1890 und hew. der Einreichung der auf 3½ Procent zu convertirenden Anleihecheine zwecks Abstempelung bis zum 31. October d. J. werden in den nächsten Tagen rechtzeitig erfolgen, so daß sich die Ausgabenlast der Stadt für die Kündigung der 1880er Anleihe für das nächste Staats-

Stadt-Theater.

Heute, Donnerstag, geht Heinrich v. Kleist's große historische Ritterschauspiel „Das Käthchen von Heilbronn“ in Scene. Am Freitag gelangt Carl Maria von Weber's romantische Oper „Der Freischütz“ zur Aufführung.

Lobe-Theater.

Heute kommt „Der Widerspenstigen Zähmung“ zum vorletzten Male in Scene. Der Bilet-Vorverkauf zu der am Sonnabend stattfindenden Premiere von Heinrich Lees „Der Springer“, beginnt morgen.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Die Ausgabe von Abonnements für die Volks-Vorstellungen hat begonnen und wird heute und an den folgenden Tagen fortgesetzt.

Concordia-Theater.

Heute, Donnerstag, wird die Fosse „König Krause“ zum 4. Mal gegeben. Am Freitag wird das Schauspiel „Falsche Heilige“ wiederholt. Das hiesige Lustspiel „Barfüßige Fräuleins“ wird am Sonnabend zum ersten Male in Scene gehen.

Budapester Fossen-Theater.

Heute, Donnerstag, steht das zugkräftige Lustspiel „Die Welt geht unter“, und der Arminische Schwank „Frau Morgenstocs Put“ auf dem Spielplan. Wegen der Generalprobe zur Novität „Zum ersten Male im Varieté“, welche nächsten Sonnabend ihre erste Aufführung hieselbst erlebt, fällt am Freitag die Vorstellung aus.

Festspiel: Friedrich der Große.

Wegen Erkrankung einiger Mitspieler muß am Mittwoch, den 25. und Donnerstag, den 26. d. Mts., die Aufführung des Festspiels ausgefallen werden. Für die späteren Aufführungen am 27. und 28. September sind die Preise auf Wunsch in

